

Prova B23_SUP

Laboratori per i servizi socio-sanitari

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - L'animazione in strutture per anziani deve tener presente il contesto in cui vivono le persone e quindi deve mirare a favorire il raggiungimento di alcuni obiettivi come l' attivazione di potenzialità positive , facilitare i rapporti interpersonali, valorizzare i vissuti degli utenti, vivere un ambiente emotivo/relazionale.

Il candidato

descrive come spiegherebbe a studenti della classe 3^a di un istituto professionale per i servizi socio-sanitari la progettazione di un' attività di animazione

Quesito 2 - Il role playing come metodo di attivazione pedagogica ha due effetti indotti. Un primo effetto da sottolineare attraverso commenti e osservazioni è quello della maturazione sociale degli allievi: viene attivata l'abilità di lavorare con gli altri, la capacità di ascolto empatico; è infine possibile imparare dai fatti. Altro effetto importante è dovuto all'esercizio del pensiero critico e della riflessione, che vengono dall'attività appena terminata.

Il candidato:

Descrive gli strumenti didattici, comprensivi anche di sussidi tecnologici, da mettere in atto per ottimizzare l'apprendimento da parte degli alunni

Quesito 3 - La capacità di intrecciare metodologicamente la ricerca ed azione permette di superare la separazione tra apprendimento teorico e apprendimento pratico di attività sonoro- musicali e ritmiche. Questa impostazione, permette di integrare le lezioni frontali con delle esercitazioni adeguate, che non sono semplici esercizi di ciò che si è appreso nelle lezioni frontali, ma sono delle esperienze che permettono di intrecciare l'apprendimento teorico e quello pratico.

Il candidato:

Indichi le competenze minime, riferite all' asse culturale appropriato, che l'alunno deve conseguire al termine del modulo o unità didattica

Quesito 4 - Le potenzialità espressive e comunicative del corpo sono stimulate dalla musica favorendo la creatività e la fantasia, l' espressività e la spontaneità.

Il candidato:

Indichi le competenze minime che l'alunno deve conseguire al termine del modulo o unità didattica

Quesito 5 - Il cooperative learning è una tecnica di intervento che muove dal presupposto che solo stando bene a scuola si riesce ad agire con protagonismo e successo nelle attività intraprese. Ecco perché esso permette l'instaurazione di un clima che favorisce l'agire comune, tendendo in maniera fortemente motivata al raggiungimento degli obiettivi comuni.

Il candidato:

Indichi se è il metodo può essere usato in presenza

1) di piccoli gruppi

2) della classe intera

Fornendo una sintetica spiegazione delle motivazioni

Quesito 6 - Tra le competenze chiave di cui ogni persona ha bisogno per la realizzazione e lo sviluppo personali e' presente la "cittadinanza attiva", come definito nel "Regolamento per il nuovo obbligo di istruzione" (L. 26/12/07 n. 269 e D.M. 22/08/2007), da acquisire al termine dell'istruzione obbligatoria.

Le competenze chiave di cittadinanza sono state così individuate: (da www.indire.it)

a) imparare ad imparare b) progettare c) comunicare d) collaborare e partecipare e) agire in modo autonomo e responsabile f) risolvere problemi g) individuare collegamenti e relazioni h) acquisire ed interpretare l'informazione

I giovani possono acquisire le competenze chiave di cittadinanza attraverso le conoscenze e le abilità riferite a competenze di base che sono ricondotte a questi quattro assi culturali:

- ☐ asse dei linguaggi
- ☐ asse matematico
- ☐ asse scientifico-tecnologico
- ☐ asse storico-sociale

Il candidato

Indichi come potrebbe valorizzare l'attività di laboratorio e l'apprendimento centrato sull'esperienza diretta per favorire l'acquisizione delle competenze di cittadinanza, anche attraverso l'integrazione tra gli assi culturali

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbruch – und wie es dann weitergeht

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität beschäftigt sich mit Ursachen und Folgen des Schulabbruchs. Dafür wurden Jugendliche fünf Jahre lang begleitet.

Wien. Jährlich brechen in Österreich 53.000 Jugendliche die Schule ab. Insgesamt sind 7,3 Prozent der heute 18- bis 24-Jährigen betroffen. Das ist eine große Zahl und auch eine volkswirtschaftliche Herausforderung – die EU-Kommission spricht von 1,8 Millionen Euro, die ein einzelner Schulabbrecher an Kosten verursacht. Dahinter stehen aber auch Einzelschicksale, deren nähere Betrachtung aufschlussreich sein kann.

Die Abteilung für Bildungswissenschaft der Wirtschaftsuniversität in Wien hat die Lebenswege von 17 Jugendlichen, die einen Schulabbruch hinter sich hatten, fünf Jahre begleitet. So sollten mögliche Motive und Ursachen des Schulabbruchs und die jeweiligen Bewältigungsstrategien sowie die entscheidenden Faktoren für einen gelungenen oder misslungenen Wiedereinstieg erforscht werden. Jeder wurde zumindest fünfmal interviewt.

Am Ende stehen interessante Geschichten, die die vielfältigen Gründe für Schulabbrüche zeigen. Unter den Hauptfaktoren für einen Schulabbruch sind demnach schlechte Noten, oft einhergehend mit Schulangst, Mobbing und Probleme innerhalb der Familie. Durch den Abbruch erleben die Jugendlichen oft eine Exklusion vom Arbeitsmarkt, eine Erosion sozialer Beziehungen und Zukunftsängste bis hin zur Resignation.

Kein Fall ist wie der andere. Aber es gibt Gemeinsamkeiten. In der Studie wurden Typen identifiziert. „Die Presse“ zeigt einen Ausschnitt aus sechs Geschichten.

Simon wird in der dritten Klasse des Gymnasiums zum Mädchenschwarm. Er ist cool. In dieser Phase sinken seine schulischen Leistungen, dabei ist er überdurchschnittlich intelligent. Auch die disziplinären Probleme nehmen zu. Die Rebellion gegen das System Schule beginnt.

Die Mitschüler bewundern Simon zuerst dafür. Doch später betrachten sie ihn als Loser. Sie haben ihn nur als Instrument für ihre rebellischen Fantasien benutzt, sich selbst aber wieder auf das Lernen konzentriert. Simon dagegen nahm die Rebellion ernst. Ihm wird das Verlassen der Schule sogar nahegelegt. Das macht er nicht sofort. Zuerst wiederholt er die fünfte Klasse.

Aus: Die Presse vom 14.10.2014

Ein Schulabbrecher ...

- a) ... stellt für die Schulsysteme in der EU eine Kostenersparnis dar.
- b) ... findet gleich nach dem Pflichtschulabschluss Arbeit.
- c) ... hat keine Probleme auf dem Arbeitsmarkt.
- d) ... verursacht gemäß EU-Berechnungen sehr hohe Kosten.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbruch – und wie es dann weitergeht

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität beschäftigt sich mit Ursachen und Folgen des Schulabbruchs. Dafür wurden Jugendliche fünf Jahre lang begleitet.

Wien. Jährlich brechen in Österreich 53.000 Jugendliche die Schule ab. Insgesamt sind 7,3 Prozent der heute 18- bis 24-Jährigen betroffen. Das ist eine große Zahl und auch eine volkswirtschaftliche Herausforderung – die EU-Kommission spricht von 1,8 Millionen Euro, die ein einzelner Schulabbrecher an Kosten verursacht. Dahinter stehen aber auch Einzelschicksale, deren nähere Betrachtung aufschlussreich sein kann.

Die Abteilung für Bildungswissenschaft der Wirtschaftsuniversität in Wien hat die Lebenswege von 17 Jugendlichen, die einen Schulabbruch hinter sich hatten, fünf Jahre begleitet. So sollten mögliche Motive und Ursachen des Schulabbruchs und die jeweiligen Bewältigungsstrategien sowie die entscheidenden Faktoren für einen gelungenen oder misslungenen Wiedereinstieg erforscht werden. Jeder wurde zumindest fünfmal interviewt.

Am Ende stehen interessante Geschichten, die die vielfältigen Gründe für Schulabbrüche zeigen. Unter den Hauptfaktoren für einen Schulabbruch sind demnach schlechte Noten, oft einhergehend mit Schulangst, Mobbing und Probleme innerhalb der Familie. Durch den Abbruch erleben die Jugendlichen oft eine Exklusion vom Arbeitsmarkt, eine Erosion sozialer Beziehungen und Zukunftsängste bis hin zur Resignation.

Kein Fall ist wie der andere. Aber es gibt Gemeinsamkeiten. In der Studie wurden Typen identifiziert. „Die Presse“ zeigt einen Ausschnitt aus sechs Geschichten.

Simon wird in der dritten Klasse des Gymnasiums zum Mädchenschwarm. Er ist cool. In dieser Phase sinken seine schulischen Leistungen, dabei ist er überdurchschnittlich intelligent. Auch die disziplinären Probleme nehmen zu. Die Rebellion gegen das System Schule beginnt.

Die Mitschüler bewundern Simon zuerst dafür. Doch später betrachten sie ihn als Loser. Sie haben ihn nur als Instrument für ihre rebellischen Fantasien benutzt, sich selbst aber wieder auf das Lernen konzentriert. Simon dagegen nahm die Rebellion ernst. Ihm wird das Verlassen der Schule sogar nahegelegt. Das macht er nicht sofort. Zuerst wiederholt er die fünfte Klasse.

Aus: Die Presse vom 14.10.2014

Die Wirtschaftsuniversität in Wien hat im Rahmen einer Untersuchung ...

- a) ... Jugendliche interviewt, die die Schule abgebrochen haben.

- b) ... 17 Jugendliche interviewt, die nach dem Pflichtschulabschluss die Schule verlassen haben.
- c) ... die Kosten eruiert, die Schulabbrecher verursachen.
- d) ... eine sehr hohe Anzahl an jugendlichen Schulabbrechern fünf Jahre lang begleitet.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbruch – und wie es dann weitergeht

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität beschäftigt sich mit Ursachen und Folgen des Schulabbruchs. Dafür wurden Jugendliche fünf Jahre lang begleitet.

Wien. Jährlich brechen in Österreich 53.000 Jugendliche die Schule ab. Insgesamt sind 7,3 Prozent der heute 18- bis 24-Jährigen betroffen. Das ist eine große Zahl und auch eine volkswirtschaftliche Herausforderung – die EU-Kommission spricht von 1,8 Millionen Euro, die ein einzelner Schulabbrecher an Kosten verursacht. Dahinter stehen aber auch Einzelschicksale, deren nähere Betrachtung aufschlussreich sein kann.

Die Abteilung für Bildungswissenschaft der Wirtschaftsuniversität in Wien hat die Lebenswege von 17 Jugendlichen, die einen Schulabbruch hinter sich hatten, fünf Jahre begleitet. So sollten mögliche Motive und Ursachen des Schulabbruchs und die jeweiligen Bewältigungsstrategien sowie die entscheidenden Faktoren für einen gelungenen oder misslungenen Wiedereinstieg erforscht werden. Jeder wurde zumindest fünfmal interviewt.

Am Ende stehen interessante Geschichten, die die vielfältigen Gründe für Schulabbrüche zeigen. Unter den Hauptfaktoren für einen Schulabbruch sind demnach schlechte Noten, oft einhergehend mit Schulangst, Mobbing und Probleme innerhalb der Familie. Durch den Abbruch erleben die Jugendlichen oft eine Exklusion vom Arbeitsmarkt, eine Erosion sozialer Beziehungen und Zukunftsängste bis hin zur Resignation.

Kein Fall ist wie der andere. Aber es gibt Gemeinsamkeiten. In der Studie wurden Typen identifiziert. „Die Presse“ zeigt einen Ausschnitt aus sechs Geschichten.

Simon wird in der dritten Klasse des Gymnasiums zum Mädchenschwarm. Er ist cool. In dieser Phase sinken seine schulischen Leistungen, dabei ist er überdurchschnittlich intelligent. Auch die disziplinären Probleme nehmen zu. Die Rebellion gegen das System Schule beginnt.

Die Mitschüler bewundern Simon zuerst dafür. Doch später betrachten sie ihn als Loser. Sie haben ihn nur als Instrument für ihre rebellischen Fantasien benutzt, sich selbst aber wieder auf das Lernen konzentriert. Simon dagegen nahm die Rebellion ernst. Ihm wird das Verlassen der Schule sogar nahegelegt. Das macht er nicht sofort. Zuerst wiederholt er die fünfte Klasse.

Aus: Die Presse vom 14.10.2014

Jugendliche, die die Schule abbrechen, ...

- a) ... tun dies alle aus ein und demselben Grund.
- b) ... tun dies in den meisten Fällen aus ähnlichen Gründen.
- c) ... sind stolz auf ihre Entscheidung.
- d) ... haben Angst vor den Professoren.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbruch – und wie es dann weitergeht

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität beschäftigt sich mit Ursachen und Folgen des Schulabbruchs. Dafür wurden Jugendliche fünf Jahre lang begleitet.

Wien. Jährlich brechen in Österreich 53.000 Jugendliche die Schule ab. Insgesamt sind 7,3 Prozent der heute 18- bis 24-Jährigen betroffen. Das ist eine große Zahl und auch eine volkswirtschaftliche Herausforderung – die EU-Kommission spricht von 1,8 Millionen Euro, die ein einzelner Schulabbrecher an Kosten verursacht. Dahinter stehen aber auch Einzelschicksale, deren nähere Betrachtung aufschlussreich sein kann.

Die Abteilung für Bildungswissenschaft der Wirtschaftsuniversität in Wien hat die Lebenswege von 17 Jugendlichen, die einen Schulabbruch hinter sich hatten, fünf Jahre begleitet. So sollten mögliche Motive und Ursachen des Schulabbruchs und die jeweiligen Bewältigungsstrategien sowie die entscheidenden Faktoren für einen gelungenen oder misslungenen Wiedereinstieg erforscht werden. Jeder wurde zumindest fünfmal interviewt.

Am Ende stehen interessante Geschichten, die die vielfältigen Gründe für Schulabbrüche zeigen. Unter den Hauptfaktoren für einen Schulabbruch sind demnach schlechte Noten, oft einhergehend mit Schulangst, Mobbing und Probleme innerhalb der Familie. Durch den Abbruch erleben die Jugendlichen oft eine Exklusion vom Arbeitsmarkt, eine Erosion sozialer Beziehungen und Zukunftsängste bis hin zur Resignation.

Kein Fall ist wie der andere. Aber es gibt Gemeinsamkeiten. In der Studie wurden Typen identifiziert. „Die Presse“ zeigt einen Ausschnitt aus sechs Geschichten.

Simon wird in der dritten Klasse des Gymnasiums zum Mädchenschwarm. Er ist cool. In dieser Phase sinken seine schulischen Leistungen, dabei ist er überdurchschnittlich intelligent. Auch die disziplinären Probleme nehmen zu. Die Rebellion gegen das System Schule beginnt.

Die Mitschüler bewundern Simon zuerst dafür. Doch später betrachten sie ihn als Loser. Sie haben ihn nur als Instrument für ihre rebellischen Fantasien benutzt, sich selbst aber wieder auf das Lernen konzentriert. Simon dagegen nahm die Rebellion ernst. Ihm wird das Verlassen der Schule sogar nahegelegt. Das macht er nicht sofort. Zuerst wiederholt er die fünfte Klasse.

Aus: Die Presse vom 14.10.2014

Simon war in der 3. Klasse des Gymnasiums ...

- a) ... einer, der die Mädchenherzen höherschlagen ließ.
- b) ... ein fauler Schüler.
- c) ... ein hinterhältiger Schüler.
- d) ... ein musterhafter Schüler, den alle bewunderten.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbruch – und wie es dann weitergeht

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität beschäftigt sich mit Ursachen und Folgen des Schulabbruchs. Dafür wurden Jugendliche fünf Jahre lang begleitet.

Wien. Jährlich brechen in Österreich 53.000 Jugendliche die Schule ab. Insgesamt sind 7,3 Prozent der heute 18- bis 24-Jährigen betroffen. Das ist eine große Zahl und auch eine volkswirtschaftliche Herausforderung – die EU-Kommission spricht von 1,8 Millionen Euro, die ein einzelner Schulabbrecher an Kosten verursacht. Dahinter stehen aber auch Einzelschicksale, deren nähere Betrachtung aufschlussreich sein kann.

Die Abteilung für Bildungswissenschaft der Wirtschaftsuniversität in Wien hat die Lebenswege von 17 Jugendlichen, die einen Schulabbruch hinter sich hatten, fünf Jahre begleitet. So sollten mögliche Motive und

Ursachen des Schulabbruchs und die jeweiligen Bewältigungsstrategien sowie die entscheidenden Faktoren für einen gelungenen oder misslungenen Wiedereinstieg erforscht werden. Jeder wurde zumindest fünfmal interviewt.

Am Ende stehen interessante Geschichten, die die vielfältigen Gründe für Schulabbrüche zeigen. Unter den Hauptfaktoren für einen Schulabbruch sind demnach schlechte Noten, oft einhergehend mit Schulangst, Mobbing und Probleme innerhalb der Familie. Durch den Abbruch erleben die Jugendlichen oft eine Exklusion vom Arbeitsmarkt, eine Erosion sozialer Beziehungen und Zukunftsängste bis hin zur Resignation.

Kein Fall ist wie der andere. Aber es gibt Gemeinsamkeiten. In der Studie wurden Typen identifiziert. „Die Presse“ zeigt einen Ausschnitt aus sechs Geschichten.

Simon wird in der dritten Klasse des Gymnasiums zum Mädchenschwarm. Er ist cool. In dieser Phase sinken seine schulischen Leistungen, dabei ist er überdurchschnittlich intelligent. Auch die disziplinären Probleme nehmen zu. Die Rebellion gegen das System Schule beginnt.

Die Mitschüler bewundern Simon zuerst dafür. Doch später betrachten sie ihn als Loser. Sie haben ihn nur als Instrument für ihre rebellischen Fantasien benutzt, sich selbst aber wieder auf das Lernen konzentriert. Simon dagegen nahm die Rebellion ernst. Ihm wird das Verlassen der Schule sogar nahegelegt. Das macht er nicht sofort. Zuerst wiederholt er die fünfte Klasse.

Aus: Die Presse vom 14.10.2014

Die Mitschüler bewunderten Simon, ...

- a) ... weil er so viele Mädchen um sich hatte.
- b) ... trotz seiner schlechten Noten.
- c) ... doch sehr bald wendeten sie sich von ihm ab.
- d) ... da er keine Probleme mit den Mädchen hatte.

Quesito 8 Domanda A -

Migranten bleiben in der Schule auf der Strecke

Einwanderer und Kinder von Ungebildeten steigen als Erste aus der Schule aus. Experten warnen vor früher Selektion.

Im österreichischen Bildungssystem sind längst nicht alle gleich. Besonders schlechte Aussichten auf einen hohen Abschluss haben Kinder, die selbst eingewandert sind, deren Eltern Einwanderer sind oder deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss haben. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, dann ist die Wahrscheinlichkeit viel höher als bei allen anderen, dass sich Schüler umdrehen und der Schule adieu sagen – und zwar schon nach dem Pflichtschulabschluss, also nach dem positiven Abschluss der neunten Schulstufe. Wenn sie nicht schon davor aufgeben.

Rund 10.000 solch früher Schulabgänger, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, gibt es in Österreich. 2007 waren es genau 10,9 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die nicht höher hinausgekommen sind, im Jahr 2004 waren es noch 8,7 Prozent. Und besonders häufig traf es Migranten oder die Kinder von Migranten sowie von niedrig qualifizierten Eltern. So haben zum Beispiel Kinder von Eltern, die höchstens einen Pflichtschulabschluss haben, ein fünfmal so hohes Risiko, früh aus dem Bildungssystem zu fliegen, wie Kinder von Eltern mit Matura oder Studium.

Diese Trends würden sich in den nächsten Jahren noch verstärken, und zwar sowohl in der Gruppe der Schüler mit Migrationshintergrund also auch jener, deren Eltern ungebildet sind. Davor warnten mehrere Bildungsexperten.

„Die Drop-out-Quote wird bei diesen Gruppen höher“, sagte im Gespräch mit der „Presse“ Mario Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IHS (Institut für Höhere Studien). Bleibt das System so, wie es ist, werde die Entwicklung immer schneller vor sich gehen. Steiners Gegenrezept: Die Schüler sollten nicht schon nach der Volksschule getrennt werden, sondern erst später unter weiterführenden Schulen wählen. Denn für die frühe

Selektion „fehlt das Argument“, so Steiner: „Man hat gesagt, man könne damit die Begabungen gut fördern, aber Studien belegen das nicht.“

**Aus: Die Presse, <http://diepresse.com/home/bildung/schule/532812/Migranten-bleiben-in-der-Schule-auf-der-Strecke?from=suche.intern.portal>
[22.02.2017]**

Die Redewendung „auf der Strecke bleiben“ bedeutet ...

- a) ... einen Umweg zu nehmen.
- b) ... zurückzubleiben.
- c) ... vom rechten Weg abzukommen.
- d) ... einen langen Weg zurückgelegt zu haben.

Quesito 8 Domanda B -

Migranten bleiben in der Schule auf der Strecke

Einwanderer und Kinder von Ungebildeten steigen als Erste aus der Schule aus. Experten warnen vor früher Selektion.

Im österreichischen Bildungssystem sind längst nicht alle gleich. Besonders schlechte Aussichten auf einen hohen Abschluss haben Kinder, die selbst eingewandert sind, deren Eltern Einwanderer sind oder deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss haben. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, dann ist die Wahrscheinlichkeit viel höher als bei allen anderen, dass sich Schüler umdrehen und der Schule adieu sagen – und zwar schon nach dem Pflichtschulabschluss, also nach dem positiven Abschluss der neunten Schulstufe. Wenn sie nicht schon davor aufgeben.

Rund 10.000 solch früher Schulabgänger, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, gibt es in Österreich. 2007 waren es genau 10,9 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die nicht höher hinausgekommen sind, im Jahr 2004 waren es noch 8,7 Prozent. Und besonders häufig traf es Migranten oder die Kinder von Migranten sowie von niedrig qualifizierten Eltern. So haben zum Beispiel Kinder von Eltern, die höchstens einen Pflichtschulabschluss haben, ein fünfmal so hohes Risiko, früh aus dem Bildungssystem zu fliegen, wie Kinder von Eltern mit Matura oder Studium.

Diese Trends würden sich in den nächsten Jahren noch verstärken, und zwar sowohl in der Gruppe der Schüler mit Migrationshintergrund also auch jener, deren Eltern ungebildet sind. Davor warnten mehrere Bildungsexperten.

„Die Drop-out-Quote wird bei diesen Gruppen höher“, sagte im Gespräch mit der „Presse“ Mario Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IHS (Institut für Höhere Studien). Bleibt das System so, wie es ist, werde die Entwicklung immer schneller vor sich gehen. Steiners Gegenrezept: Die Schüler sollten nicht schon nach der Volksschule getrennt werden, sondern erst später unter weiterführenden Schulen wählen. Denn für die frühe Selektion „fehlt das Argument“, so Steiner: „Man hat gesagt, man könne damit die Begabungen gut fördern, aber Studien belegen das nicht.“

**Aus: Die Presse, <http://diepresse.com/home/bildung/schule/532812/Migranten-bleiben-in-der-Schule-auf-der-Strecke?from=suche.intern.portal>
[22.02.2017]**

Mario Steiner schlägt vor, ...

- a) ... die Selektion nicht schon nach der Grundschule vorzunehmen.
- b) ... die Anzahl der weiterführenden Schulen zu verringern.
- c) ... alle Schüler in die gleiche weiterführende Schule zu schicken.
- d) ... eine Einheitsschule einzuführen.

Quesito 8 Domanda C -

Migranten bleiben in der Schule auf der Strecke

Einwanderer und Kinder von Ungebildeten steigen als Erste aus der Schule aus. Experten warnen vor früher Selektion.

Im österreichischen Bildungssystem sind längst nicht alle gleich. Besonders schlechte Aussichten auf einen hohen Abschluss haben Kinder, die selbst eingewandert sind, deren Eltern Einwanderer sind oder deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss haben. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, dann ist die Wahrscheinlichkeit viel höher als bei allen anderen, dass sich Schüler umdrehen und der Schule adieu sagen – und zwar schon nach dem Pflichtschulabschluss, also nach dem positiven Abschluss der neunten Schulstufe. Wenn sie nicht schon davor aufgeben.

Rund 10.000 solch früher Schulabgänger, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, gibt es in Österreich. 2007 waren es genau 10,9 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die nicht höher hinausgekommen sind, im Jahr 2004 waren es noch 8,7 Prozent. Und besonders häufig traf es Migranten oder die Kinder von Migranten sowie von niedrig qualifizierten Eltern. So haben zum Beispiel Kinder von Eltern, die höchstens einen Pflichtschulabschluss haben, ein fünfmal so hohes Risiko, früh aus dem Bildungssystem zu fliegen, wie Kinder von Eltern mit Matura oder Studium.

Diese Trends würden sich in den nächsten Jahren noch verstärken, und zwar sowohl in der Gruppe der Schüler mit Migrationshintergrund also auch jener, deren Eltern ungebildet sind. Davor warnten mehrere Bildungsexperten.

„Die Drop-out-Quote wird bei diesen Gruppen höher“, sagte im Gespräch mit der „Presse“ Mario Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IHS (Institut für Höhere Studien). Bleibt das System so, wie es ist, werde die Entwicklung immer schneller vor sich gehen. Steiners Gegenrezept: Die Schüler sollten nicht schon nach der Volksschule getrennt werden, sondern erst später unter weiterführenden Schulen wählen. Denn für die frühe Selektion „fehlt das Argument“, so Steiner: „Man hat gesagt, man könne damit die Begabungen gut fördern, aber Studien belegen das nicht.“

**Aus: Die Presse, <http://diepresse.com/home/bildung/schule/532812/Migranten-bleiben-in-der-Schule-auf-der-Strecke?from=suche.intern.portal>
[22.02.2017]**

Mit „frühen Schulabgängern“ meint der Textverfasser ...

- a) ... SchülerInnen, die ohne Pflichtabschluss die Schule verlassen.
- b) ... SchülerInnen, die die Schulabschlussprüfung früher als vorgesehen ablegen.
- c) ... SchülerInnen, die lediglich den Pflichtschulabschluss erreicht haben.
- d) ... SchülerInnen, die die Schule ab dem Alter von 14 Jahren nicht mehr regelmäßig besuchen.

Quesito 8 Domanda D -

Migranten bleiben in der Schule auf der Strecke

Einwanderer und Kinder von Ungebildeten steigen als Erste aus der Schule aus. Experten warnen vor früher Selektion.

Im österreichischen Bildungssystem sind längst nicht alle gleich. Besonders schlechte Aussichten auf einen hohen Abschluss haben Kinder, die selbst eingewandert sind, deren Eltern Einwanderer sind oder deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss haben. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, dann ist die Wahrscheinlichkeit viel höher als bei allen anderen, dass sich Schüler umdrehen und der Schule adieu sagen – und zwar schon nach dem Pflichtschulabschluss, also nach dem positiven Abschluss der neunten Schulstufe. Wenn sie nicht schon davor aufgeben.

Rund 10.000 solch früher Schulabgänger, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, gibt es in Österreich. 2007 waren es genau 10,9 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die nicht höher hinausgekommen sind, im Jahr 2004 waren es noch 8,7 Prozent. Und besonders häufig traf es Migranten oder die Kinder von Migranten sowie von niedrig qualifizierten Eltern. So haben zum Beispiel Kinder von Eltern, die höchstens einen Pflichtschulabschluss haben, ein fünfmal so hohes Risiko, früh aus dem Bildungssystem zu fliegen, wie Kinder von Eltern mit Matura oder Studium.

Diese Trends würden sich in den nächsten Jahren noch verstärken, und zwar sowohl in der Gruppe der Schüler mit Migrationshintergrund also auch jener, deren Eltern ungebildet sind. Davor warnten mehrere Bildungsexperten.

„Die Drop-out-Quote wird bei diesen Gruppen höher“, sagte im Gespräch mit der „Presse“ Mario Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IHS (Institut für Höhere Studien). Bleibt das System so, wie es ist, werde die Entwicklung immer schneller vor sich gehen. Steiners Gegenrezept: Die Schüler sollten nicht schon nach der Volksschule getrennt werden, sondern erst später unter weiterführenden Schulen wählen. Denn für die frühe Selektion „fehlt das Argument“, so Steiner: „Man hat gesagt, man könne damit die Begabungen gut fördern, aber Studien belegen das nicht.“

**Aus: Die Presse, <http://diepresse.com/home/bildung/schule/532812/Migranten-bleiben-in-der-Schule-auf-der-Strecke?from=suche.intern.portal>
[22.02.2017]**

Die Anzahl an frühen Schulabgängern ...

- a) ... ist eine klare Anklage gegen das Schulsystem.
- b) ... darf sich keinesfalls erhöhen.
- c) ... ist in allen Ländern seit Jahren gleich.
- d) ... ist bei SchülerInnen aus bildungsfernen Elternhäusern höher.

Quesito 8 Domanda E -

Migranten bleiben in der Schule auf der Strecke

Einwanderer und Kinder von Ungebildeten steigen als Erste aus der Schule aus. Experten warnen vor früher Selektion.

Im österreichischen Bildungssystem sind längst nicht alle gleich. Besonders schlechte Aussichten auf einen hohen Abschluss haben Kinder, die selbst eingewandert sind, deren Eltern Einwanderer sind oder deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss haben. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, dann ist die Wahrscheinlichkeit viel höher als bei allen anderen, dass sich Schüler umdrehen und der Schule adieu sagen – und zwar schon nach dem Pflichtschulabschluss, also nach dem positiven Abschluss der neunten Schulstufe. Wenn sie nicht schon davor aufgeben.

Rund 10.000 solch früher Schulabgänger, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, gibt es in Österreich. 2007 waren es genau 10,9 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die nicht höher hinausgekommen sind, im Jahr 2004 waren es noch 8,7 Prozent. Und besonders häufig traf es Migranten oder die Kinder von Migranten sowie von niedrig qualifizierten Eltern. So haben zum Beispiel Kinder von Eltern, die höchstens einen Pflichtschulabschluss haben, ein fünfmal so hohes Risiko, früh aus dem Bildungssystem zu fliegen, wie Kinder von Eltern mit Matura

oder Studium.

Diese Trends würden sich in den nächsten Jahren noch verstärken, und zwar sowohl in der Gruppe der Schüler mit Migrationshintergrund also auch jener, deren Eltern ungebildet sind. Davor warnten mehrere Bildungsexperten.

„Die Drop-out-Quote wird bei diesen Gruppen höher“, sagte im Gespräch mit der „Presse“ Mario Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IHS (Institut für Höhere Studien). Bleibt das System so, wie es ist, werde die Entwicklung immer schneller vor sich gehen. Steiners Gegenrezept: Die Schüler sollten nicht schon nach der Volksschule getrennt werden, sondern erst später unter weiterführenden Schulen wählen. Denn für die frühe Selektion „fehlt das Argument“, so Steiner: „Man hat gesagt, man könne damit die Begabungen gut fördern, aber Studien belegen das nicht.“

**Aus: Die Presse, <http://diepresse.com/home/bildung/schule/532812/Migranten-bleiben-in-der-Schule-auf-der-Strecke?from=suche.intern.portal>
[22.02.2017]**

Bildungsexperten betonen, dass ...

- a) ... die Anzahl der frühen Schulabgänger in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird.
- b) ... die SchülerInnen über die Folgen eines frühen Schulabgangs zu wenig informiert werden.
- c) ... es ein einfaches Gegenrezept gegen Schulabbruch gibt.
- d) ... sich die SchülerInnen bewusst entscheiden, die Schule frühzeitig zu verlassen.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

How to teach citizenship in schools

The best civic-education classes do more than impart knowledge about how government works. They create environments in which pupils get used to the tools of democracy, such as debating controversial issues and disagreeing respectfully. Parents may worry that schools are indoctrinating their children, and teachers can be wary of treading on thorny ground. But schools are more ideologically diverse than many other environments, making them ideal testing-grounds for such skills.

It is important to avoid crude propagandising, says Peter Levine. Pupils' criticisms of their country's politics and governance may be perfectly legitimate. Members of some minorities may be justified in distrusting arms of the state, such as the police; cheerleading in the classroom may alienate them further. It is best to combine realism with the discussions of the practical steps that pupils can take to bring about change. Rather than simply teaching about Martin Luther King Jr and the Voting Rights Act, for example, use the story to emphasise that social movements are driven by ordinary people, who can make a difference.

Schools in Nordic countries seek to ensure democratic values are developed right across the curriculum, and from the very start. Even the youngest children take part in age-appropriate decision-making: choosing the name of their group, for example, or what they will eat. Older pupils are expected to help develop school policy. They learn to make a case and cope with being outvoted—and that every choice, even that to abstain, has consequences.

Research suggests that these programmes work: pupils who have become used to discussing current affairs are much more likely to be politically engaged and involved in their communities, and to vote when they are old

enough. Civic-education programmes also increase the likelihood that pupils will have more accepting attitudes towards people of different backgrounds. In Norway, where 95% of 14-year-olds participate in school elections nearly the same share participate in multicultural activities outside school.

Retrieved from <http://www.economist.com/news/international/21716250-governments-are-failing-prepare-young-use-their-votes-well-how-teach>

The best civic-education classes

- a) create ideologically diverse environments where pupils learn to trust politicians
- b) are testing-grounds where pupils reject the different forms of democracy
- c) merely teach pupils how every democratic government should function
- d) provide the ideal place where pupils can learn to discuss and dissent politely

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

How to teach citizenship in schools

The best civic-education classes do more than impart knowledge about how government works. They create environments in which pupils get used to the tools of democracy, such as debating controversial issues and disagreeing respectfully. Parents may worry that schools are indoctrinating their children, and teachers can be wary of treading on thorny ground. But schools are more ideologically diverse than many other environments, making them ideal testing-grounds for such skills.

It is important to avoid crude propagandising, says Peter Levine. Pupils' criticisms of their country's politics and governance may be perfectly legitimate. Members of some minorities may be justified in distrusting arms of the state, such as the police; cheerleading in the classroom may alienate them further. It is best to combine realism with the discussions of the practical steps that pupils can take to bring about change. Rather than simply teaching about Martin Luther King Jr and the Voting Rights Act, for example, use the story to emphasise that social movements are driven by ordinary people, who can make a difference.

Schools in Nordic countries seek to ensure democratic values are developed right across the curriculum, and from the very start. Even the youngest children take part in age-appropriate decision-making: choosing the name of their group, for example, or what they will eat. Older pupils are expected to help develop school policy. They learn to make a case and cope with being outvoted—and that every choice, even that to abstain, has consequences.

Research suggests that these programmes work: pupils who have become used to discussing current affairs are much more likely to be politically engaged and involved in their communities, and to vote when they are old enough. Civic-education programmes also increase the likelihood that pupils will have more accepting attitudes towards people of different backgrounds. In Norway, where 95% of 14-year-olds participate in school elections nearly the same share participate in multicultural activities outside school.

Retrieved from <http://www.economist.com/news/international/21716250-governments-are-failing-prepare-young-use-their-votes-well-how-teach>

The best thing to do is

- a) not to justify any skeptical attitude towards politics and governance

- b) to avoid any form of criticism of the state administration
- c) to foster a critical attitude combining realism and pragmatic debates
- d) not to combine a critical attitude with certain realism

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

How to teach citizenship in schools

The best civic-education classes do more than impart knowledge about how government works. They create environments in which pupils get used to the tools of democracy, such as debating controversial issues and disagreeing respectfully. Parents may worry that schools are indoctrinating their children, and teachers can be wary of treading on thorny ground. But schools are more ideologically diverse than many other environments, making them ideal testing-grounds for such skills.

It is important to avoid crude propagandising, says Peter Levine. Pupils' criticisms of their country's politics and governance may be perfectly legitimate. Members of some minorities may be justified in distrusting arms of the state, such as the police; cheerleading in the classroom may alienate them further. It is best to combine realism with the discussions of the practical steps that pupils can take to bring about change. Rather than simply teaching about Martin Luther King Jr and the Voting Rights Act, for example, use the story to emphasise that social movements are driven by ordinary people, who can make a difference.

Schools in Nordic countries seek to ensure democratic values are developed right across the curriculum, and from the very start. Even the youngest children take part in age-appropriate decision-making: choosing the name of their group, for example, or what they will eat. Older pupils are expected to help develop school policy. They learn to make a case and cope with being outvoted—and that every choice, even that to abstain, has consequences.

Research suggests that these programmes work: pupils who have become used to discussing current affairs are much more likely to be politically engaged and involved in their communities, and to vote when they are old enough. Civic-education programmes also increase the likelihood that pupils will have more accepting attitudes towards people of different backgrounds. In Norway, where 95% of 14-year-olds participate in school elections nearly the same share participate in multicultural activities outside school.

Retrieved from <http://www.economist.com/news/international/21716250-governments-are-failing-prepare-young-use-their-votes-well-how-teach>

In Nordic countries, schools

- a) guarantee the teaching of democratic values from initial classes
- b) ensure democratic principles are developed in some school subjects
- c) seek learners' involvement in each and every aspect of life
- d) support older pupils' participation in the school life

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

How to teach citizenship in schools

The best civic-education classes do more than impart knowledge about how government works. They create environments in which pupils get used to the tools of democracy, such as debating controversial issues and

disagreeing respectfully. Parents may worry that schools are indoctrinating their children, and teachers can be wary of treading on thorny ground. But schools are more ideologically diverse than many other environments, making them ideal testing-grounds for such skills.

It is important to avoid crude propagandising, says Peter Levine. Pupils' criticisms of their country's politics and governance may be perfectly legitimate. Members of some minorities may be justified in distrusting arms of the state, such as the police; cheerleading in the classroom may alienate them further. It is best to combine realism with the discussions of the practical steps that pupils can take to bring about change. Rather than simply teaching about Martin Luther King Jr and the Voting Rights Act, for example, use the story to emphasise that social movements are driven by ordinary people, who can make a difference.

Schools in Nordic countries seek to ensure democratic values are developed right across the curriculum, and from the very start. Even the youngest children take part in age-appropriate decision-making: choosing the name of their group, for example, or what they will eat. Older pupils are expected to help develop school policy. They learn to make a case and cope with being outvoted—and that every choice, even that to abstain, has consequences.

Research suggests that these programmes work: pupils who have become used to discussing current affairs are much more likely to be politically engaged and involved in their communities, and to vote when they are old enough. Civic-education programmes also increase the likelihood that pupils will have more accepting attitudes towards people of different backgrounds. In Norway, where 95% of 14-year-olds participate in school elections nearly the same share participate in multicultural activities outside school.

Retrieved from <http://www.economist.com/news/international/21716250-governments-are-failing-prepare-young-use-their-votes-well-how-teach>

Research shows that, as a result of civic-education programmes, in Nordic countries

- a) pupils are more political committed and more concerned
- b) citizenship programmes are successful since they avoid crude propagandizing
- c) learners are more likely to be involved in the community despite not exercising their right to vote
- d) citizenship programmes preempt pupils from discussing contemporary matters

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

How to teach citizenship in schools

The best civic-education classes do more than impart knowledge about how government works. They create environments in which pupils get used to the tools of democracy, such as debating controversial issues and disagreeing respectfully. Parents may worry that schools are indoctrinating their children, and teachers can be wary of treading on thorny ground. But schools are more ideologically diverse than many other environments, making them ideal testing-grounds for such skills.

It is important to avoid crude propagandising, says Peter Levine. Pupils' criticisms of their country's politics and governance may be perfectly legitimate. Members of some minorities may be justified in distrusting arms of the state, such as the police; cheerleading in the classroom may alienate them further. It is best to combine realism with the discussions of the practical steps that pupils can take to bring about change. Rather than simply teaching about Martin Luther King Jr and the Voting Rights Act, for example, use the story to emphasise that social movements are driven by ordinary people, who can make a difference.

Schools in Nordic countries seek to ensure democratic values are developed right across the curriculum, and

from the very start. Even the youngest children take part in age-appropriate decision-making: choosing the name of their group, for example, or what they will eat. Older pupils are expected to help develop school policy. They learn to make a case and cope with being outvoted—and that every choice, even that to abstain, has consequences.

Research suggests that these programmes work: pupils who have become used to discussing current affairs are much more likely to be politically engaged and involved in their communities, and to vote when they are old enough. Civic-education programmes also increase the likelihood that pupils will have more accepting attitudes towards people of different backgrounds. In Norway, where 95% of 14-year-olds participate in school elections nearly the same share participate in multicultural activities outside school.

Retrieved from <http://www.economist.com/news/international/21716250-governments-are-failing-prepare-young-use-their-votes-well-how-teach>

Thanks to civic-education programmes

- a) the acceptance of the others tends to decrease
- b) most of the pupils show lower willingness to accept and/or defend a universal culture
- c) all learners take part in multicultural activities
- d) pupils achieve a more open attitude towards people coming from various experiences

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship education?

Citizenship education is about enabling people to make their own decisions and to take responsibility for their own lives and communities. Citizenship is a statutory subject on the National Curriculum in secondary schools in England.

The UK Government recommended citizenship education for implementing its anti-extremist Prevent Duty that became a legal requirement in schools on 1 July 2015.

Citizenship education is also important because it builds character and develops the soft skills that employers are crying out for, such as communication, initiative, social interaction and teamwork.

These capacities do not develop unaided. They have to be learnt. While a certain amount of citizenship may be picked up through ordinary experience in the home or at work, it can never in itself be sufficient to equip citizens for the sort of active role required of them in today's complex and diverse society.

If citizens are to become genuinely involved in public life and affairs, a more explicit approach to citizenship education is required. This approach should be:

- Inclusive: An entitlement for all young people regardless of their ability or background;
- Pervasive: Not limited to schools but an integral part of all education for young people;
- Lifelong: Continuing throughout life.

Citizenship education helps young people to develop self-confidence and successfully deal with significant life changes and challenges such as bullying and discrimination. It gives them a voice: in the life of their schools, in their communities and in society at large. It enables them to make a positive contribution by developing the expertise and experience needed to claim their rights and understand their responsibilities and preparing them for the challenges and opportunities of adult and working life.

For schools and other educational organisations, Citizenship helps to produce motivated and responsible learners, who relate positively to each other, to staff and to the surrounding community.

Retrieved from <http://www.citizenshipfoundation.org.uk/main/page.php?286>

Citizenship education

- a) empowers decision-making and the sense of responsibility
- b) is recommended by the UK Government to fight ignorance
- c) is a statutory subject that encourages pupils to feel like free citizens
- d) is a statutory subject seldom studied in schools in England

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship education?

Citizenship education is about enabling people to make their own decisions and to take responsibility for their own lives and communities. Citizenship is a statutory subject on the National Curriculum in secondary schools in England.

The UK Government recommended citizenship education for implementing its anti-extremist Prevent Duty that became a legal requirement in schools on 1 July 2015.

Citizenship education is also important because it builds character and develops the soft skills that employers are crying out for, such as communication, initiative, social interaction and teamwork.

These capacities do not develop unaided. They have to be learnt. While a certain amount of citizenship may be picked up through ordinary experience in the home or at work, it can never in itself be sufficient to equip citizens for the sort of active role required of them in today's complex and diverse society.

If citizens are to become genuinely involved in public life and affairs, a more explicit approach to citizenship education is required. This approach should be:

- Inclusive: An entitlement for all young people regardless of their ability or background;
- Pervasive: Not limited to schools but an integral part of all education for young people;
- Lifelong: Continuing throughout life.

Citizenship education helps young people to develop self-confidence and successfully deal with significant life changes and challenges such as bullying and discrimination. It gives them a voice: in the life of their schools, in their communities and in society at large. It enables them to make a positive contribution by developing the expertise and experience needed to claim their rights and understand their responsibilities and preparing them for the challenges and opportunities of adult and working life.

For schools and other educational organisations, Citizenship helps to produce motivated and responsible learners, who relate positively to each other, to staff and to the surrounding community.

Retrieved from <http://www.citizenshipfoundation.org.uk/main/page.php?286>

The soft skills developed by citizenship education

- a) can be learnt just through ordinary experience
- b) focus on the complexity of modern society
- c) aren't achieved spontaneously but need to be learned
- d) cannot form future active citizens

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship education?

Citizenship education is about enabling people to make their own decisions and to take responsibility for their own lives and communities. Citizenship is a statutory subject on the National Curriculum in secondary schools in England.

The UK Government recommended citizenship education for implementing its anti-extremist Prevent Duty that became a legal requirement in schools on 1 July 2015.

Citizenship education is also important because it builds character and develops the soft skills that employers are crying out for, such as communication, initiative, social interaction and teamwork.

These capacities do not develop unaided. They have to be learnt. While a certain amount of citizenship may be picked up through ordinary experience in the home or at work, it can never in itself be sufficient to equip citizens for the sort of active role required of them in today's complex and diverse society.

If citizens are to become genuinely involved in public life and affairs, a more explicit approach to citizenship education is required. This approach should be:

- Inclusive: An entitlement for all young people regardless of their ability or background;
- Pervasive: Not limited to schools but an integral part of all education for young people;
- Lifelong: Continuing throughout life.

Citizenship education helps young people to develop self-confidence and successfully deal with significant life changes and challenges such as bullying and discrimination. It gives them a voice: in the life of their schools, in their communities and in society at large. It enables them to make a positive contribution by developing the expertise and experience needed to claim their rights and understand their responsibilities and preparing them for the challenges and opportunities of adult and working life.

For schools and other educational organisations, Citizenship helps to produce motivated and responsible learners, who relate positively to each other, to staff and to the surrounding community.

Retrieved from <http://www.citizenshipfoundation.org.uk/main/page.php?286>

The new approach to citizenship education should be

- a) a background-based entitlement for all young people involved in the surrounding community
- b) a right that embraces all young people and is a part of the whole education system
- c) bound to the school environment and continuing throughout people's life

- d) a part of the whole education system attentive to pupils' capacities or experience

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship education?

Citizenship education is about enabling people to make their own decisions and to take responsibility for their own lives and communities. Citizenship is a statutory subject on the National Curriculum in secondary schools in England.

The UK Government recommended citizenship education for implementing its anti-extremist Prevent Duty that became a legal requirement in schools on 1 July 2015.

Citizenship education is also important because it builds character and develops the soft skills that employers are crying out for, such as communication, initiative, social interaction and teamwork.

These capacities do not develop unaided. They have to be learnt. While a certain amount of citizenship may be picked up through ordinary experience in the home or at work, it can never in itself be sufficient to equip citizens for the sort of active role required of them in today's complex and diverse society.

If citizens are to become genuinely involved in public life and affairs, a more explicit approach to citizenship education is required. This approach should be:

- Inclusive: An entitlement for all young people regardless of their ability or background;
- Pervasive: Not limited to schools but an integral part of all education for young people;
- Lifelong: Continuing throughout life.

Citizenship education helps young people to develop self-confidence and successfully deal with significant life changes and challenges such as bullying and discrimination. It gives them a voice: in the life of their schools, in their communities and in society at large. It enables them to make a positive contribution by developing the expertise and experience needed to claim their rights and understand their responsibilities and preparing them for the challenges and opportunities of adult and working life.

For schools and other educational organisations, Citizenship helps to produce motivated and responsible learners, who relate positively to each other, to staff and to the surrounding community.

Retrieved from <http://www.citizenshipfoundation.org.uk/main/page.php?286>

Thanks to Citizenship education, young people

- a) better understand life problems, changes and challenges
- b) learn how to handle life transformations and dares
- c) become very humble and able to face life problems
- d) are more self-confident but not able to deal with life changes

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

What is citizenship education?

Citizenship education is about enabling people to make their own decisions and to take responsibility for their own

lives and communities. Citizenship is a statutory subject on the National Curriculum in secondary schools in England.

The UK Government recommended citizenship education for implementing its anti-extremist Prevent Duty that became a legal requirement in schools on 1 July 2015.

Citizenship education is also important because it builds character and develops the soft skills that employers are crying out for, such as communication, initiative, social interaction and teamwork.

These capacities do not develop unaided. They have to be learnt. While a certain amount of citizenship may be picked up through ordinary experience in the home or at work, it can never in itself be sufficient to equip citizens for the sort of active role required of them in today's complex and diverse society.

If citizens are to become genuinely involved in public life and affairs, a more explicit approach to citizenship education is required. This approach should be:

- Inclusive: An entitlement for all young people regardless of their ability or background;
- Pervasive: Not limited to schools but an integral part of all education for young people;
- Lifelong: Continuing throughout life.

Citizenship education helps young people to develop self-confidence and successfully deal with significant life changes and challenges such as bullying and discrimination. It gives them a voice: in the life of their schools, in their communities and in society at large. It enables them to make a positive contribution by developing the expertise and experience needed to claim their rights and understand their responsibilities and preparing them for the challenges and opportunities of adult and working life.

For schools and other educational organisations, Citizenship helps to produce motivated and responsible learners, who relate positively to each other, to staff and to the surrounding community.

Retrieved from <http://www.citizenshipfoundation.org.uk/main/page.php?286>

Citizenship enables young people

- a) to refrain from facing all the challenges and opportunities of their future working life
- b) to claim their rights and understand their responsibilities in the school life
- c) to take an active part in issues and organizations inside the school in order to understand how democracy is made
- d) to play a positive role in society by providing them with the knowledge and experience to make their voice heard

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ESCUELA Y CONSTRUCCIÓN DE CIUDADANÍA

En el marco del pensamiento de la sociología latinoamericana y la teoría de la dependencia, Paulo Freire, durante la década de 1960 expresa en textos tales como la Pedagogía de la liberación o La educación como práctica de la libertad, su preocupación por la educación y su vinculación con los procesos de construcción de la ciudadanía.

Para este autor, estos procesos constituyen una búsqueda permanente e inacabable de la completud humana, proceso de humanización en el que el hombre se realiza como tal, y de modo específico, a través de procesos crecientes de concientización; esto es, insertándose en la realidad de manera crítica. Así, ser ciudadano es ser sujeto de la historia, de su propia historia, que se construye en primera instancia en la comprensión de la realidad de su sometimiento, deshumanización y negación de la ciudadanía.

Cuanto más sea llevado a reflexionar sobre su situacionalidad, sobre su enraizamiento tempo-espacial, más «emergerá» de ella conscientemente «cargado» de compromiso con su realidad, en la cual, porque es sujeto, no debe ser mero espectador, sino que debe intervenir cada vez más.

La propuesta de Freire planteó una alternativa al modelo de formación de la ciudadanía de la escuela tradicional que fue asumida por las experiencias no formales de educación para adultos de la década de los años sesenta y setenta, luego interrumpidas por los gobiernos militares que tuvieron lugar en Latinoamérica en ese período. Fuera de tales experiencias no es posible encontrar intentos sistemáticos de llevar a la práctica la teoría de este educador crítico. En el mandato fundacional de la escuela de la modernidad, la idea de formación del ciudadano se centró en una concepción conservadora en tanto proceso normalizador de adaptación y reproducción de un orden social vigente, que era, al mismo tiempo, funcional a la democracia representativa y la economía de mercado.

Adaptado de: Escuela y participación: el difícil camino de la construcción de ciudadanía, Mercedes Oraisón, Ana María Pérez, REVISTA IBEROAMERICANA DE EDUCACIÓN. N.º 42 (2006), pp. 15-29

En algunos de sus textos más destacados Paulo Freire

- a) critica las posturas de la sociología latinoamericana en los años cincuenta y sesenta
- b) consolida la teoría sociológica de la dependencia
- c) expresa su preocupación por la construcción de la ciudadanía
- d) reflexiona sobre la relación entre enseñanza y construcción de la ciudadanía

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ESCUELA Y CONSTRUCCIÓN DE CIUDADANÍA

En el marco del pensamiento de la sociología latinoamericana y la teoría de la dependencia, Paulo Freire, durante la década de 1960 expresa en textos tales como la Pedagogía de la liberación o La educación como práctica de la libertad, su preocupación por la educación y su vinculación con los procesos de construcción de la ciudadanía.

Para este autor, estos procesos constituyen una búsqueda permanente e inacabable de la completud humana, proceso de humanización en el que el hombre se realiza como tal, y de modo específico, a través de procesos crecientes de concientización; esto es, insertándose en la realidad de manera crítica. Así, ser ciudadano es ser sujeto de la historia, de su propia historia, que se construye en primera instancia en la comprensión de la realidad de su sometimiento, deshumanización y negación de la ciudadanía.

Cuanto más sea llevado a reflexionar sobre su situacionalidad, sobre su enraizamiento tempo-espacial, más «emergerá» de ella conscientemente «cargado» de compromiso con su realidad, en la cual, porque es sujeto, no debe ser mero espectador, sino que debe intervenir cada vez más.

La propuesta de Freire planteó una alternativa al modelo de formación de la ciudadanía de la escuela tradicional que fue asumida por las experiencias no formales de educación para adultos de la década de los años sesenta y setenta, luego interrumpidas por los gobiernos militares que tuvieron lugar en Latinoamérica en ese período. Fuera de tales experiencias no es posible encontrar intentos sistemáticos de llevar a la práctica la teoría de este educador crítico. En el mandato fundacional de la escuela de la modernidad, la idea de formación del ciudadano se centró en una concepción conservadora en tanto proceso normalizador de adaptación y reproducción de un orden social vigente, que era, al mismo tiempo, funcional a la democracia representativa y la economía de mercado.

La ciudadanía, según Freire, se construye

- a) a través de un cambio de perspectiva sobre la historia
- b) a partir de la toma de conciencia de la condición de sumisión del hombre
- c) reconociendo la incompletud humana
- d) analizando el papel del sujeto en la sociedad

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ESCUELA Y CONSTRUCCIÓN DE CIUDADANÍA

En el marco del pensamiento de la sociología latinoamericana y la teoría de la dependencia, Paulo Freire, durante la década de 1960 expresa en textos tales como la Pedagogía de la liberación o La educación como práctica de la libertad, su preocupación por la educación y su vinculación con los procesos de construcción de la ciudadanía.

Para este autor, estos procesos constituyen una búsqueda permanente e inacabable de la completud humana, proceso de humanización en el que el hombre se realiza como tal, y de modo específico, a través de procesos crecientes de concientización; esto es, insertándose en la realidad de manera crítica. Así, ser ciudadano es ser sujeto de la historia, de su propia historia, que se construye en primera instancia en la comprensión de la realidad de su sometimiento, deshumanización y negación de la ciudadanía.

Cuanto más sea llevado a reflexionar sobre su situacionalidad, sobre su enraizamiento tempo-espacial, más «emergerá» de ella conscientemente «cargado» de compromiso con su realidad, en la cual, porque es sujeto, no debe ser mero espectador, sino que debe intervenir cada vez más.

La propuesta de Freire planteó una alternativa al modelo de formación de la ciudadanía de la escuela tradicional que fue asumida por las experiencias no formales de educación para adultos de la década de los años sesenta y setenta, luego interrumpidas por los gobiernos militares que tuvieron lugar en Latinoamérica en ese período.

Fuera de tales experiencias no es posible encontrar intentos sistemáticos de llevar a la práctica la teoría de este educador crítico. En el mandato fundacional de la escuela de la modernidad, la idea de formación del ciudadano se centró en una concepción conservadora en tanto proceso normalizador de adaptación y reproducción de un orden social vigente, que era, al mismo tiempo, funcional a la democracia representativa y la economía de mercado.

Adaptado de: Escuela y participación: el difícil camino de la construcción de ciudadanía, Mercedes Oraisón, Ana María Pérez, REVISTA IBEROAMERICANA DE EDUCACIÓN. N.º 42 (2006), pp. 15-29

Según Freire, el papel del educador debe ser el de

- a) aconsejarlo sobre cómo actuar en la sociedad
- b) recordarle sus compromisos con su situación específica
- c) facilitar en el adulto el reconocimiento de su lugar en el mundo porque esto le ayudará a involucrarse con su entorno
- d) llevarlo a descubrir sus raíces

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ESCUELA Y CONSTRUCCIÓN DE CIUDADANÍA

En el marco del pensamiento de la sociología latinoamericana y la teoría de la dependencia, Paulo Freire, durante la década de 1960 expresa en textos tales como la Pedagogía de la liberación o La educación como práctica de la libertad, su preocupación por la educación y su vinculación con los procesos de construcción de la ciudadanía.

Para este autor, estos procesos constituyen una búsqueda permanente e inacabable de la completud humana, proceso de humanización en el que el hombre se realiza como tal, y de modo específico, a través de procesos crecientes de concientización; esto es, insertándose en la realidad de manera crítica. Así, ser ciudadano es ser sujeto de la historia, de su propia historia, que se construye en primera instancia en la comprensión de la realidad de su sometimiento, deshumanización y negación de la ciudadanía.

Cuanto más sea llevado a reflexionar sobre su situacionalidad, sobre su enraizamiento tempo-espacial, más «emergerá» de ella conscientemente «cargado» de compromiso con su realidad, en la cual, porque es sujeto, no debe ser mero espectador, sino que debe intervenir cada vez más.

La propuesta de Freire planteó una alternativa al modelo de formación de la ciudadanía de la escuela tradicional que fue asumida por las experiencias no formales de educación para adultos de la década de los años sesenta y setenta, luego interrumpidas por los gobiernos militares que tuvieron lugar en Latinoamérica en ese período.

Fuera de tales experiencias no es posible encontrar intentos sistemáticos de llevar a la práctica la teoría de este educador crítico. En el mandato fundacional de la escuela de la modernidad, la idea de formación del ciudadano se centró en una concepción conservadora en tanto proceso normalizador de adaptación y reproducción de un orden social vigente, que era, al mismo tiempo, funcional a la democracia representativa y la economía de mercado.

Adaptado de: Escuela y participación: el difícil camino de la construcción de ciudadanía, Mercedes Oraisón, Ana María Pérez, REVISTA IBEROAMERICANA DE EDUCACIÓN. N.º 42 (2006), pp. 15-29

Las ideas de Freire sobre la formación del ciudadano

- a) fueron desarrolladas por otro educador crítico de Latinoamérica en ese período
- b) generaron la reacción de los gobiernos militares que actuaron en Latinoamérica en ese período
- c) se aplicaron de forma general en Latinoamérica después de los años setenta y en los años militares
- d) generaron una nueva perspectiva que incluyeron en la enseñanza de adultos hasta que llegaron los gobiernos militares

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ESCUELA Y CONSTRUCCIÓN DE CIUDADANÍA

En el marco del pensamiento de la sociología latinoamericana y la teoría de la dependencia, Paulo Freire, durante la década de 1960 expresa en textos tales como la Pedagogía de la liberación o La educación como práctica de la libertad, su preocupación por la educación y su vinculación con los procesos de construcción de la ciudadanía.

Para este autor, estos procesos constituyen una búsqueda permanente e inacabable de la completud humana, proceso de humanización en el que el hombre se realiza como tal, y de modo específico, a través de procesos crecientes de concientización; esto es, insertándose en la realidad de manera crítica. Así, ser ciudadano es ser sujeto de la historia, de su propia historia, que se construye en primera instancia en la comprensión de la realidad de su sometimiento, deshumanización y negación de la ciudadanía.

Cuanto más sea llevado a reflexionar sobre su situacionalidad, sobre su enraizamiento tempo-espacial, más «emergerá» de ella conscientemente «cargado» de compromiso con su realidad, en la cual, porque es sujeto, no debe ser mero espectador, sino que debe intervenir cada vez más.

La propuesta de Freire planteó una alternativa al modelo de formación de la ciudadanía de la escuela tradicional que fue asumida por las experiencias no formales de educación para adultos de la década de los años sesenta y

setenta, luego interrumpidas por los gobiernos militares que tuvieron lugar en Latinoamérica en ese período. Fuera de tales experiencias no es posible encontrar intentos sistemáticos de llevar a la práctica la teoría de este educador crítico. En el mandato fundacional de la escuela de la modernidad, la idea de formación del ciudadano se centró en una concepción conservadora en tanto proceso normalizador de adaptación y reproducción de un orden social vigente, que era, al mismo tiempo, funcional a la democracia representativa y la economía de mercado.

Adaptado de: Escuela y participación: el difícil camino de la construcción de ciudadanía, Mercedes Oraisón, Ana María Pérez, REVISTA IBEROAMERICANA DE EDUCACIÓN. N.º 42 (2006), pp. 15-29

En el paso al contexto moderno la educación del ciudadano

- a) se ha planteado como práctica que promueve la libertad en el respeto del orden vigente
- b) ha planteado una postura crítica con respecto a la sociedad
- c) ha vuelto a fundarse en un modelo tradicional de la escuela contra el que luchó Paulo Freire
- d) ha tenido como objetivo último la conservación del modelo político y económico vigente

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ REFERENTES PARA UNA EDUCACIÓN «COMÚN»?

La herencia de la escuela pública es que la formación de la ciudadanía se asienta en la socialización en valores comunes y universales, que están por encima de las pautas culturales específicas de los distintos grupos sociales que componen la nación. Ésta es la razón última de que deba ser laica, por oposición a las adhesiones religiosas que mantenga cada grupo, y por eso hay que dejar fuera de la escuela todo aquello que particulariza y diferencia. La escuela pública se sustenta sobre una ideología unificadora e igualitaria, por lo que la cultura escolar es universal, socialmente neutra, ocupando la escuela un lugar «extraterritorial».

Este proyecto entra en crisis al tener que primar lo local y el desarrollo de la cultura propia de cada comunidad. Así se está introduciendo la idea de una cierta atomización o «babelización» de cada centro escolar, con su propio proyecto educativo como oferta, que contribuye también al fallecimiento de lo común de la formación ciudadana. Pues, si de lo que se trata es de que cada centro construya su propio «bien común local» con un ethos distintivo, este bien para nosotros puede tener los efectos perversos de no ser justo para todos. El aprendizaje de la ciudadanía no puede ser delegado a lo que cada centro o comunidad estime pertinente. No obstante, también es evidente que la tradición cívica de la escuela pública tiene que ser reconstruida en nuestra actual coyuntura, crecientemente multicultural.

La sociología crítica de la educación ha documentado cómo la cultura escolar, en la escuela pública «republicana» francesa (como cristalización modélica), bajo su presentación universalista no ha sido neutra, sino una construcción que ha legitimado una perspectiva cultural particular, al servicio de un grupo social.

Adaptado de Educar para la ciudadanía: entre el mercado y la exclusión social - Antonio Bolívar Botía QURRICULUM, 16; octubre 2003, pp. 9-33

De acuerdo con el texto

- a) la formación de la ciudadanía realizada por la escuela pública se basa en la promoción de valores comunes y de pautas culturales específicas
- b) los modelos culturales específicos de los distintos grupos sociales que componen la nación son la base de la enseñanza pública
- c) en la formación de la ciudadanía, la importancia de la enseñanza pública reside en que promueve valores

comunes que superan los modelos culturales específicos de los distintos grupos sociales que integran el estado

- d) la importancia de la escuela pública en la formación de los ciudadanos se debe a que promueve las pautas culturales específicas de los distintos grupos sociales que componen la nación

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ REFERENTES PARA UNA EDUCACIÓN «COMÚN»?

La herencia de la escuela pública es que la formación de la ciudadanía se asienta en la socialización en valores comunes y universales, que están por encima de las pautas culturales específicas de los distintos grupos sociales que componen la nación. Ésta es la razón última de que deba ser laica, por oposición a las adhesiones religiosas que mantenga cada grupo, y por eso hay que dejar fuera de la escuela todo aquello que particulariza y diferencia. La escuela pública se sustenta sobre una ideología unificadora e igualitaria, por lo que la cultura escolar es universal, socialmente neutra, ocupando la escuela un lugar «extraterritorial».

Este proyecto entra en crisis al tener que primar lo local y el desarrollo de la cultura propia de cada comunidad. Así se está introduciendo la idea de una cierta atomización o «babelización» de cada centro escolar, con su propio proyecto educativo como oferta, que contribuye también al fallecimiento de lo común de la formación ciudadana. Pues, si de lo que se trata es de que cada centro construya su propio «bien común local» con un ethos distintivo, este bien para nosotros puede tener los efectos perversos de no ser justo para todos. El aprendizaje de la ciudadanía no puede ser delegado a lo que cada centro o comunidad estime pertinente. No obstante, también es evidente que la tradición cívica de la escuela pública tiene que ser reconstruida en nuestra actual coyuntura, crecientemente multicultural.

La sociología crítica de la educación ha documentado cómo la cultura escolar, en la escuela pública «republicana» francesa (como cristalización modélica), bajo su presentación universalista no ha sido neutra, sino una construcción que ha legitimado una perspectiva cultural particular, al servicio de un grupo social.

Adaptado de Educar para la ciudadanía: entre el mercado y la exclusión social - Antonio Bolívar Botía
CURRICULUM, 16; octubre 2003, pp. 9-33

Por ello

- a) las adhesiones religiosas de cada grupo deben ser mantenidas por la escuela
- b) la escuela debe ser laica porque tiene que dar espacio a las particularidades y diferencias
- c) la escuela tiene que dar espacio a todo lo que particulariza y diferencia, como las distintas creencias religiosas
- d) hay que dejar fuera de la escuela todo lo que suponga individualizar y distinguir, por lo que debe ser irreligiosa

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ REFERENTES PARA UNA EDUCACIÓN «COMÚN»?

La herencia de la escuela pública es que la formación de la ciudadanía se asienta en la socialización en valores comunes y universales, que están por encima de las pautas culturales específicas de los distintos grupos sociales que componen la nación. Ésta es la razón última de que deba ser laica, por oposición a las adhesiones religiosas que mantenga cada grupo, y por eso hay que dejar fuera de la escuela todo aquello que particulariza y diferencia. La escuela pública se sustenta sobre una ideología unificadora e igualitaria, por lo que la cultura escolar es universal, socialmente neutra, ocupando la escuela un lugar «extraterritorial».

Este proyecto entra en crisis al tener que primar lo local y el desarrollo de la cultura propia de cada comunidad. Así se está introduciendo la idea de una cierta atomización o «babelización» de cada centro escolar, con su propio proyecto educativo como oferta, que contribuye también al fallecimiento de lo común de la formación ciudadana. Pues, si de lo que se trata es de que cada centro construya su propio «bien común local» con un ethos distintivo, este bien para nosotros puede tener los efectos perversos de no ser justo para todos. El aprendizaje de la ciudadanía no puede ser delegado a lo que cada centro o comunidad estime pertinente. No obstante, también es evidente que la tradición cívica de la escuela pública tiene que ser reconstruida en nuestra actual coyuntura, crecientemente multicultural.

La sociología crítica de la educación ha documentado cómo la cultura escolar, en la escuela pública «republicana» francesa (como cristalización modélica), bajo su presentación universalista no ha sido neutra, sino una construcción que ha legitimado una perspectiva cultural particular, al servicio de un grupo social.

Adaptado de Educar para la ciudadanía: entre el mercado y la exclusión social - Antonio Bolívar Botía
CURRICULUM, 16; octubre 2003, pp. 9-33

De acuerdo con el texto

- a) la “babelización” que lleva a los centros escolares a promover su propio “bien común local” puede tener efectos positivos en la formación común de la ciudadanía
- b) la atomización de cada centro escolar, con su propio proyecto educativo, favorece la universalidad de la cultura escolar
- c) la ideología uniformada y equitativa de la escuela pública se desequilibra al tener que favorecer el desarrollo de la cultura local de cada grupo social
- d) la cultura escolar, socialmente neutra y “extraterritorial”, se basa en el desarrollo de la cultura propia de cada comunidad

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ REFERENTES PARA UNA EDUCACIÓN «COMÚN»?

La herencia de la escuela pública es que la formación de la ciudadanía se asienta en la socialización en valores comunes y universales, que están por encima de las pautas culturales específicas de los distintos grupos sociales que componen la nación. Ésta es la razón última de que deba ser laica, por oposición a las adhesiones religiosas que mantenga cada grupo, y por eso hay que dejar fuera de la escuela todo aquello que particulariza y diferencia. La escuela pública se sustenta sobre una ideología unificadora e igualitaria, por lo que la cultura escolar es universal, socialmente neutra, ocupando la escuela un lugar «extraterritorial».

Este proyecto entra en crisis al tener que primar lo local y el desarrollo de la cultura propia de cada comunidad. Así se está introduciendo la idea de una cierta atomización o «babelización» de cada centro escolar, con su propio proyecto educativo como oferta, que contribuye también al fallecimiento de lo común de la formación ciudadana. Pues, si de lo que se trata es de que cada centro construya su propio «bien común local» con un ethos distintivo, este bien para nosotros puede tener los efectos perversos de no ser justo para todos. El aprendizaje de la ciudadanía no puede ser delegado a lo que cada centro o comunidad estime pertinente. No obstante, también es evidente que la tradición cívica de la escuela pública tiene que ser reconstruida en nuestra actual coyuntura, crecientemente multicultural.

La sociología crítica de la educación ha documentado cómo la cultura escolar, en la escuela pública «republicana» francesa (como cristalización modélica), bajo su presentación universalista no ha sido neutra, sino una construcción que ha legitimado una perspectiva cultural particular, al servicio de un grupo social.

Adaptado de Educar para la ciudadanía: entre el mercado y la exclusión social - Antonio Bolívar Botía
CURRICULUM, 16; octubre 2003, pp. 9-33

Según el texto

- a) el aprendizaje de la ciudadanía deber ser multicultural, para adaptarse a la nueva coyuntura, y depender de cada centro o comunidad
- b) aunque es evidente que la tradición cívica de la escuela pública tiene que cambiar, para adaptarse a nuestra actual sociedad multicultural, la formación de la ciudadanía no puede delegarse a lo que decida cada centro o comunidad
- c) ya que la sociedad actual es multicultural, la formación de la ciudadanía tiene que decidirla cada centro o comunidad
- d) para adaptarse a la nuevas coyuntura, la escuela pública tiene que construir un modelo multicultural, dependiendo de lo que cada centro o comunidad estime pertinente

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

¿QUÉ REFERENTES PARA UNA EDUCACIÓN «COMÚN»?

La herencia de la escuela pública es que la formación de la ciudadanía se asienta en la socialización en valores comunes y universales, que están por encima de las pautas culturales específicas de los distintos grupos sociales que componen la nación. Ésta es la razón última de que deba ser laica, por oposición a las adhesiones religiosas que mantenga cada grupo, y por eso hay que dejar fuera de la escuela todo aquello que particulariza y diferencia. La escuela pública se sustenta sobre una ideología unificadora e igualitaria, por lo que la cultura escolar es universal, socialmente neutra, ocupando la escuela un lugar «extraterritorial».

Este proyecto entra en crisis al tener que primar lo local y el desarrollo de la cultura propia de cada comunidad. Así se está introduciendo la idea de una cierta atomización o «babelización» de cada centro escolar, con su propio proyecto educativo como oferta, que contribuye también al fallecimiento de lo común de la formación ciudadana. Pues, si de lo que se trata es de que cada centro construya su propio «bien común local» con un ethos distintivo, este bien para nosotros puede tener los efectos perversos de no ser justo para todos. El aprendizaje de la ciudadanía no puede ser delegado a lo que cada centro o comunidad estime pertinente. No obstante, también es evidente que la tradición cívica de la escuela pública tiene que ser reconstruida en nuestra actual coyuntura, crecientemente multicultural.

La sociología crítica de la educación ha documentado cómo la cultura escolar, en la escuela pública «republicana» francesa (como cristalización modélica), bajo su presentación universalista no ha sido neutra, sino una construcción que ha legitimado una perspectiva cultural particular, al servicio de un grupo social.

Adaptado de Educar para la ciudadanía: entre el mercado y la exclusión social - Antonio Bolívar Botía
QURRICULUM, 16; octubre 2003, pp. 9-33

Según la sociología crítica de la educación

- a) la escuela pública francesa ha legitimado un modelo universalista al favorecer una perspectiva cultural particular
- b) en la “modélica” escuela pública republicana francesa, la cultura escolar, supuestamente global, ha favorecido, en realidad, un determinado enfoque cultural y a una determinada comunidad
- c) la escuela pública republicana francesa es universalista y neutra, porque ha estado al servicio de un determinado grupo social
- d) la escuela pública republicana francesa es un modelo porque ha favorecido un proyecto educativo universalista y neutro

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

De l'école au lycée, le parcours citoyen vise à la construction, par l'élève, d'un jugement moral et civique, à l'acquisition d'un esprit critique et d'une culture de l'engagement. Il fait l'objet d'une circulaire, publiée le 23 juin 2016, qui en précise les grands objectifs ainsi que les modalités de pilotage et de mise en œuvre.

Le parcours citoyen de l'élève est inscrit dans le projet global de formation de l'élève. Il s'adresse à des citoyens en devenir qui prennent progressivement conscience de leurs droits, de leurs devoirs et de leurs responsabilités. Adossé à l'ensemble des enseignements, en particulier l'enseignement moral et civique, l'éducation aux médias et à l'information, et participant du socle commun de connaissances, de compétences et de culture, le parcours citoyen concourt à la transmission des valeurs et principes de la République et de la vie dans les sociétés démocratiques.

Pour que le parcours citoyen de chaque élève prenne corps et soit lisible pour tous (l'élève en premier lieu, sa famille, les personnels de l'éducation nationale, les partenaires), un outil de suivi régulièrement renseigné garde trace des projets et actions à dimension morale et citoyenne dans lesquels il s'est engagé. Cet outil n'est pas un outil d'évaluation des acquis des élèves, mais de valorisation du parcours accompli. Principalement renseigné par l'élève lui-même, FOLIOS lui permet de prendre conscience de son propre parcours afin qu'il participe activement à sa construction. Il peut contribuer aussi au dialogue et au lien entre l'école et la famille. Au sein de FOLIOS, l'élève rassemble les éléments de son parcours citoyen qu'il souhaite mettre en valeur. Il a également la possibilité d'y intégrer ce qui est réalisé en dehors de l'école, valorisant ainsi ses compétences extrascolaires.

Adapté de : <http://eduscol.education.fr>

Le parcours citoyen permet à l'élève

- a) d'acquérir un jugement moral et civique, un esprit critique et une culture de l'engagement.
- b) de respecter la circulaire publiée le 23 juin 2016.
- c) d'atteindre les grands objectifs de l'école au lycée.
- d) d'être inscrit dans un projet global de formation.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

De l'école au lycée, le parcours citoyen vise à la construction, par l'élève, d'un jugement moral et civique, à l'acquisition d'un esprit critique et d'une culture de l'engagement. Il fait l'objet d'une circulaire, publiée le 23 juin 2016, qui en précise les grands objectifs ainsi que les modalités de pilotage et de mise en œuvre.

Le parcours citoyen de l'élève est inscrit dans le projet global de formation de l'élève. Il s'adresse à des citoyens en devenir qui prennent progressivement conscience de leurs droits, de leurs devoirs et de leurs responsabilités. Adossé à l'ensemble des enseignements, en particulier l'enseignement moral et civique, l'éducation aux médias et à l'information, et participant du socle commun de connaissances, de compétences et de culture, le parcours citoyen concourt à la transmission des valeurs et principes de la République et de la vie dans les sociétés démocratiques.

Pour que le parcours citoyen de chaque élève prenne corps et soit lisible pour tous (l'élève en premier lieu, sa famille, les personnels de l'éducation nationale, les partenaires), un outil de suivi régulièrement renseigné garde trace des projets et actions à dimension morale et citoyenne dans lesquels il s'est engagé. Cet outil n'est pas un outil d'évaluation des acquis des élèves, mais de valorisation du parcours accompli. Principalement renseigné par l'élève lui-même, FOLIOS lui permet de prendre conscience de son propre parcours afin qu'il participe activement à sa construction. Il peut contribuer aussi au dialogue et au lien entre l'école et la famille. Au sein de FOLIOS, l'élève rassemble les éléments de son parcours citoyen qu'il souhaite mettre en valeur. Il a également la possibilité d'y intégrer ce qui est réalisé en dehors de l'école, valorisant ainsi ses compétences extrascolaires.

La circulaire publiée le 23 juin 2016 définit

- a) les limites du parcours citoyen.
- b) les finalités et les modalités du parcours citoyen.
- c) l'institution du parcours citoyen.
- d) un projet global de formation de l'élève.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

De l'école au lycée, le parcours citoyen vise à la construction, par l'élève, d'un jugement moral et civique, à l'acquisition d'un esprit critique et d'une culture de l'engagement. Il fait l'objet d'une circulaire, publiée le 23 juin 2016, qui en précise les grands objectifs ainsi que les modalités de pilotage et de mise en œuvre.

Le parcours citoyen de l'élève est inscrit dans le projet global de formation de l'élève. Il s'adresse à des citoyens en devenir qui prennent progressivement conscience de leurs droits, de leurs devoirs et de leurs responsabilités. Adossé à l'ensemble des enseignements, en particulier l'enseignement moral et civique, l'éducation aux médias et à l'information, et participant du socle commun de connaissances, de compétences et de culture, le parcours citoyen concourt à la transmission des valeurs et principes de la République et de la vie dans les sociétés démocratiques.

Pour que le parcours citoyen de chaque élève prenne corps et soit lisible pour tous (l'élève en premier lieu, sa famille, les personnels de l'éducation nationale, les partenaires), un outil de suivi régulièrement renseigné garde trace des projets et actions à dimension morale et citoyenne dans lesquels il s'est engagé. Cet outil n'est pas un outil d'évaluation des acquis des élèves, mais de valorisation du parcours accompli. Principalement renseigné par l'élève lui-même, FOLIOS lui permet de prendre conscience de son propre parcours afin qu'il participe activement à sa construction. Il peut contribuer aussi au dialogue et au lien entre l'école et la famille. Au sein de FOLIOS, l'élève rassemble les éléments de son parcours citoyen qu'il souhaite mettre en valeur. Il a également la possibilité d'y intégrer ce qui est réalisé en dehors de l'école, valorisant ainsi ses compétences extrascolaires.

Adapté de : <http://eduscol.education.fr>

Le parcours citoyen concerne

- a) l'éducation aux médias et à l'information.
- b) l'enseignement moral et civique.
- c) la formation de l'élève dans sa totalité.
- d) le socle commun de connaissances, de compétences et de culture de l'enseignant.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

De l'école au lycée, le parcours citoyen vise à la construction, par l'élève, d'un jugement moral et civique, à l'acquisition d'un esprit critique et d'une culture de l'engagement. Il fait l'objet d'une circulaire, publiée le 23 juin 2016, qui en précise les grands objectifs ainsi que les modalités de pilotage et de mise en œuvre.

Le parcours citoyen de l'élève est inscrit dans le projet global de formation de l'élève. Il s'adresse à des citoyens en devenir qui prennent progressivement conscience de leurs droits, de leurs devoirs et de leurs responsabilités. Adossé à l'ensemble des enseignements, en particulier l'enseignement moral et civique, l'éducation aux médias et à l'information, et participant du socle commun de connaissances, de compétences et de culture, le parcours citoyen concourt à la transmission des valeurs et principes de la République et de la vie dans les sociétés

démocratiques.

Pour que le parcours citoyen de chaque élève prenne corps et soit lisible pour tous (l'élève en premier lieu, sa famille, les personnels de l'éducation nationale, les partenaires), un outil de suivi régulièrement renseigné garde trace des projets et actions à dimension morale et citoyenne dans lesquels il s'est engagé. Cet outil n'est pas un outil d'évaluation des acquis des élèves, mais de valorisation du parcours accompli. Principalement renseigné par l'élève lui-même, FOLIOS lui permet de prendre conscience de son propre parcours afin qu'il participe activement à sa construction. Il peut contribuer aussi au dialogue et au lien entre l'école et la famille. Au sein de FOLIOS, l'élève rassemble les éléments de son parcours citoyen qu'il souhaite mettre en valeur. Il a également la possibilité d'y intégrer ce qui est réalisé en dehors de l'école, valorisant ainsi ses compétences extrascolaires.

Adapté de : <http://eduscol.education.fr>

FOLIOS est

- a) un outil d'évaluation des acquis des élèves.
- b) un outil de valorisation du parcours de formation de l'élève.
- c) un outil de suivi des projets et actions relevant du parcours citoyen réalisés par l'élève.
- d) un lien entre l'école et la famille.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

De l'école au lycée, le parcours citoyen vise à la construction, par l'élève, d'un jugement moral et civique, à l'acquisition d'un esprit critique et d'une culture de l'engagement. Il fait l'objet d'une circulaire, publiée le 23 juin 2016, qui en précise les grands objectifs ainsi que les modalités de pilotage et de mise en œuvre.

Le parcours citoyen de l'élève est inscrit dans le projet global de formation de l'élève. Il s'adresse à des citoyens en devenir qui prennent progressivement conscience de leurs droits, de leurs devoirs et de leurs responsabilités. Adossé à l'ensemble des enseignements, en particulier l'enseignement moral et civique, l'éducation aux médias et à l'information, et participant du socle commun de connaissances, de compétences et de culture, le parcours citoyen concourt à la transmission des valeurs et principes de la République et de la vie dans les sociétés démocratiques.

Pour que le parcours citoyen de chaque élève prenne corps et soit lisible pour tous (l'élève en premier lieu, sa famille, les personnels de l'éducation nationale, les partenaires), un outil de suivi régulièrement renseigné garde trace des projets et actions à dimension morale et citoyenne dans lesquels il s'est engagé. Cet outil n'est pas un outil d'évaluation des acquis des élèves, mais de valorisation du parcours accompli. Principalement renseigné par l'élève lui-même, FOLIOS lui permet de prendre conscience de son propre parcours afin qu'il participe activement à sa construction. Il peut contribuer aussi au dialogue et au lien entre l'école et la famille. Au sein de FOLIOS, l'élève rassemble les éléments de son parcours citoyen qu'il souhaite mettre en valeur. Il a également la possibilité d'y intégrer ce qui est réalisé en dehors de l'école, valorisant ainsi ses compétences extrascolaires.

Adapté de : <http://eduscol.education.fr>

FOLIOS est rédigé

- a) par la famille.
- b) principalement par l'élève.
- c) par l'élève, sa famille, les personnels de l'éducation nationale, les partenaires.
- d) par l'école.

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'exercice de la citoyenneté n'est pas une compétence innée : être citoyen, cela s'apprend. Il existe différents canaux. Les associations peuvent jouer un rôle à travers le bénévolat et l'engagement militant ; l'école et l'université peuvent également jouer un rôle d'éducation civique. L'éducation à la citoyenneté est identifiée comme un outil transversal qui peut être développé à tous les âges, sous différentes formes et par tout type d'acteurs. Il est difficile de parvenir à une seule et unique définition de l'éducation à la citoyenneté, notamment parce que la citoyenneté ne recouvre pas les mêmes valeurs ni les mêmes réalités selon les contextes. Cependant, les valeurs et les principes des droits humains et démocratiques (tels que la dignité, l'égalité, la solidarité, la non discrimination, le pluralisme et le respect de la loi) semblent être au cœur d'un apprentissage pour être citoyen et vivre en société. En effet, comme le définit l'UNESCO, « l'éducation à la citoyenneté démocratique est un ensemble de pratiques et d'activités destinées aux jeunes et aux adultes, dans le but de les armer pour participer activement à la vie démocratique, en assumant et en exerçant leurs droits et leurs responsabilités ». L'éducation à la citoyenneté se caractérise justement par son approche transversale et multidisciplinaire. En effet, elle passe par l'éducation aux droits humains, l'éducation à l'environnement, l'éducation au développement et à la solidarité internationale. Le Conseil de l'Europe et l'Union européenne sont tous deux attachés à l'éducation à la citoyenneté ou éducation à la citoyenneté démocratique (ECD). Le Conseil de l'Europe a émis des recommandations en 2002 auprès des États membres afin que l'ECD soit présente dans les programmes à tous les niveaux d'enseignements, soit en tant que matière spécifique, soit en tant que thématique transversale. En juin 2005 s'est également tenue la conférence sur la formation des enseignants en matière d'éducation à la citoyenneté démocratique.

Fanny Gleize, Introduction à la citoyenneté, Think Tank Européen Pour la Solidarité, Bruxelles, 2007.

La pratique de la citoyenneté est une activité

- a) naturelle et propre à l'être humain.
- b) non innée.
- c) spontanément acquise au sein de la famille.
- d) dépendante du caractère d'une personne.

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'exercice de la citoyenneté n'est pas une compétence innée : être citoyen, cela s'apprend. Il existe différents canaux. Les associations peuvent jouer un rôle à travers le bénévolat et l'engagement militant ; l'école et l'université peuvent également jouer un rôle d'éducation civique. L'éducation à la citoyenneté est identifiée comme un outil transversal qui peut être développé à tous les âges, sous différentes formes et par tout type d'acteurs. Il est difficile de parvenir à une seule et unique définition de l'éducation à la citoyenneté, notamment parce que la citoyenneté ne recouvre pas les mêmes valeurs ni les mêmes réalités selon les contextes. Cependant, les valeurs et les principes des droits humains et démocratiques (tels que la dignité, l'égalité, la solidarité, la non discrimination, le pluralisme et le respect de la loi) semblent être au cœur d'un apprentissage pour être citoyen et vivre en société. En effet, comme le définit l'UNESCO, « l'éducation à la citoyenneté démocratique est un ensemble de pratiques et d'activités destinées aux jeunes et aux adultes, dans le but de les armer pour participer activement à la vie démocratique, en assumant et en exerçant leurs droits et leurs responsabilités ». L'éducation à la citoyenneté se caractérise justement par son approche transversale et multidisciplinaire. En effet, elle passe par l'éducation aux droits humains, l'éducation à l'environnement, l'éducation au développement et à la solidarité internationale. Le Conseil de l'Europe et l'Union européenne sont tous deux attachés à l'éducation à la citoyenneté ou éducation à la citoyenneté démocratique (ECD). Le Conseil de l'Europe a émis des recommandations en 2002 auprès des États membres afin que l'ECD soit présente dans les programmes à tous les niveaux d'enseignements, soit en tant que matière spécifique, soit en tant que

thématique transversale. En juin 2005 s'est également tenue la conférence sur la formation des enseignants en matière d'éducation à la citoyenneté démocratique.

Fanny Gleize, Introduction à la citoyenneté, Think Tank Européen Pour la Solidarité, Bruxelles, 2007.

Selon l'auteur du texte, la citoyenneté peut être développée

- a) à tout moment de la vie d'une personne.
- b) pendant la période de l'adolescence uniquement.
- c) jamais complètement.
- d) de 3 à 5 ans.

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'exercice de la citoyenneté n'est pas une compétence innée : être citoyen, cela s'apprend. Il existe différents canaux. Les associations peuvent jouer un rôle à travers le bénévolat et l'engagement militant ; l'école et l'université peuvent également jouer un rôle d'éducation civique. L'éducation à la citoyenneté est identifiée comme un outil transversal qui peut être développé à tous les âges, sous différentes formes et par tout type d'acteurs. Il est difficile de parvenir à une seule et unique définition de l'éducation à la citoyenneté, notamment parce que la citoyenneté ne recouvre pas les mêmes valeurs ni les mêmes réalités selon les contextes. Cependant, les valeurs et les principes des droits humains et démocratiques (tels que la dignité, l'égalité, la solidarité, la non discrimination, le pluralisme et le respect de la loi) semblent être au cœur d'un apprentissage pour être citoyen et vivre en société. En effet, comme le définit l'UNESCO, « l'éducation à la citoyenneté démocratique est un ensemble de pratiques et d'activités destinées aux jeunes et aux adultes, dans le but de les armer pour participer activement à la vie démocratique, en assumant et en exerçant leurs droits et leurs responsabilités ». L'éducation à la citoyenneté se caractérise justement par son approche transversale et multidisciplinaire. En effet, elle passe par l'éducation aux droits humains, l'éducation à l'environnement, l'éducation au développement et à la solidarité internationale. Le Conseil de l'Europe et l'Union européenne sont tous deux attachés à l'éducation à la citoyenneté ou éducation à la citoyenneté démocratique (ECD). Le Conseil de l'Europe a émis des recommandations en 2002 auprès des États membres afin que l'ECD soit présente dans les programmes à tous les niveaux d'enseignements, soit en tant que matière spécifique, soit en tant que thématique transversale. En juin 2005 s'est également tenue la conférence sur la formation des enseignants en matière d'éducation à la citoyenneté démocratique.

Fanny Gleize, Introduction à la citoyenneté, Think Tank Européen Pour la Solidarité, Bruxelles, 2007.

L'éducation à la citoyenneté se caractérise par

- a) la prédominance des matières scientifiques.
- b) une approche juridique.
- c) une approche multidisciplinaire.
- d) la prédominance des matières techniques.

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'exercice de la citoyenneté n'est pas une compétence innée : être citoyen, cela s'apprend. Il existe différents

canaux. Les associations peuvent jouer un rôle à travers le bénévolat et l'engagement militant ; l'école et l'université peuvent également jouer un rôle d'éducation civique. L'éducation à la citoyenneté est identifiée comme un outil transversal qui peut être développé à tous les âges, sous différentes formes et par tout type d'acteurs. Il est difficile de parvenir à une seule et unique définition de l'éducation à la citoyenneté, notamment parce que la citoyenneté ne recouvre pas les mêmes valeurs ni les mêmes réalités selon les contextes. Cependant, les valeurs et les principes des droits humains et démocratiques (tels que la dignité, l'égalité, la solidarité, la non discrimination, le pluralisme et le respect de la loi) semblent être au cœur d'un apprentissage pour être citoyen et vivre en société. En effet, comme le définit l'UNESCO, « l'éducation à la citoyenneté démocratique est un ensemble de pratiques et d'activités destinées aux jeunes et aux adultes, dans le but de les armer pour participer activement à la vie démocratique, en assumant et en exerçant leurs droits et leurs responsabilités ». L'éducation à la citoyenneté se caractérise justement par son approche transversale et multidisciplinaire. En effet, elle passe par l'éducation aux droits humains, l'éducation à l'environnement, l'éducation au développement et à la solidarité internationale. Le Conseil de l'Europe et l'Union européenne sont tous deux attachés à l'éducation à la citoyenneté ou éducation à la citoyenneté démocratique (ECD). Le Conseil de l'Europe a émis des recommandations en 2002 auprès des États membres afin que l'ECD soit présente dans les programmes à tous les niveaux d'enseignements, soit en tant que matière spécifique, soit en tant que thématique transversale. En juin 2005 s'est également tenue la conférence sur la formation des enseignants en matière d'éducation à la citoyenneté démocratique.

Fanny Gleize, Introduction à la citoyenneté, Think Tank Européen Pour la Solidarité, Bruxelles, 2007.

L'éducation à la citoyenneté démocratique est recommandée auprès de

- a) tous les états membres de l'OTAN.
- b) tous les états membres du Conseil de l'Europe.
- c) quelques états démocratiques.
- d) plusieurs états occidentaux.

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

L'exercice de la citoyenneté n'est pas une compétence innée : être citoyen, cela s'apprend. Il existe différents canaux. Les associations peuvent jouer un rôle à travers le bénévolat et l'engagement militant ; l'école et l'université peuvent également jouer un rôle d'éducation civique. L'éducation à la citoyenneté est identifiée comme un outil transversal qui peut être développé à tous les âges, sous différentes formes et par tout type d'acteurs. Il est difficile de parvenir à une seule et unique définition de l'éducation à la citoyenneté, notamment parce que la citoyenneté ne recouvre pas les mêmes valeurs ni les mêmes réalités selon les contextes. Cependant, les valeurs et les principes des droits humains et démocratiques (tels que la dignité, l'égalité, la solidarité, la non discrimination, le pluralisme et le respect de la loi) semblent être au cœur d'un apprentissage pour être citoyen et vivre en société. En effet, comme le définit l'UNESCO, « l'éducation à la citoyenneté démocratique est un ensemble de pratiques et d'activités destinées aux jeunes et aux adultes, dans le but de les armer pour participer activement à la vie démocratique, en assumant et en exerçant leurs droits et leurs responsabilités ». L'éducation à la citoyenneté se caractérise justement par son approche transversale et multidisciplinaire. En effet, elle passe par l'éducation aux droits humains, l'éducation à l'environnement, l'éducation au développement et à la solidarité internationale. Le Conseil de l'Europe et l'Union européenne sont tous deux attachés à l'éducation à la citoyenneté ou éducation à la citoyenneté démocratique (ECD). Le Conseil de l'Europe a émis des recommandations en 2002 auprès des États membres afin que l'ECD soit présente dans les programmes à tous les niveaux d'enseignements, soit en tant que matière spécifique, soit en tant que thématique transversale. En juin 2005 s'est également tenue la conférence sur la formation des enseignants en matière d'éducation à la citoyenneté démocratique.

Fanny Gleize, Introduction à la citoyenneté, Think Tank Européen Pour la Solidarité, Bruxelles, 2007.

Grâce à quelle institution l'ECD est-elle entrée dans les programmes d'enseignement?

- a) le Conseil de l'Europe.
- b) l'UNESCO.
- c) la Commission européenne.
- d) le Parlement européen.